

Diakonisches Werk • Postfach 8 25 • 24758 Rendsburg

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren
Mission e.V.**Green Paper on Demographic Change**

DG EMPL/E/1

J-27 01/122

European Commission

B-1049 Brussels

Belgium

19867

26.08.2005

DG EMPL - CAD A/	She/cia
Date: 31-08-2005	
CF: E	
C:	

Grünbuch „Angesichts des demographischen Wandels –eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Mitteilung der Kommission, KOM (2005) 94 endgültig

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, Landesverband der Inneren Mission e. V., zählt zu den größten Anbietern sozialer Dienstleistungen in Schleswig-Holstein. Aufgrund unserer Arbeitszusammenhänge und unseres europäischen Engagements erlauben wir uns, Ihnen unsere Anmerkungen zum oben genannten Grünbuch zu übersenden und hoffen, dass unsere Anmerkungen dazu beitragen, die Initiativen der Europäischen Kommission zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Doris Scheer
Referentin für
Europäische Förderpolitik

„Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

Position

**des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein,
Landesverband der inneren Mission e.V.**

zum

**Grünbuch „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität
zwischen den Generationen“,
Mitteilung der Kommission, KOM (2005) 94 endgültig**

Das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, Landesverband der Inneren Mission e.V.

Die Diakonie in Schleswig-Holstein, deren Vertretung der Landesverband darstellt, zählt mit mehr als 28.000 hauptamtlichen und einigen Tausend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den größten sozialen Dienstleistern in Schleswig-Holstein.

Als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege steht das Diakonische Werk in der Tradition gesellschaftlicher Mit-Verantwortung und betrachtet sich als verantwortungsvollen und verlässlichen Partner bei der Gestaltung sozialstaatlicher Rahmenbedingungen. Das Diakonische Werk Schleswig-Holstein versteht sich als Akteur innerhalb der Zivilgesellschaft, mit Arbeitsfeldern, die das gesamte Spektrum des Sozialschutzes betreffen.

Auf europäischer Ebene setzt sich das Diakonische Werk Schleswig-Holstein gemeinsam mit ihm nahe stehenden Organisationen für ein solidarisches Zusammenleben, für eine verbesserte soziale Integration, für eine verstärkte soziale Kohäsion und für den Kampf gegen Armut ein. Aufgrund dieser Zielsetzungen hat das Diakonische Werk Schleswig-Holstein die nachfolgenden Anmerkungen zusammengestellt.

Die europäische Dimension

Es ist zu begrüßen, dass die europäische Kommission mit dem oben genannten Grünbuch der Diskussion um den demographischen Wandel und die Veränderungen, die sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung abzeichnen, eine europäische Dimension verleiht. Ein ergänzender Schritt in diese Richtung ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft an diesem öffentlichen Diskussionsprozess, in welchen sie ihre Erfahrungen und ihr Know-how zielgerichtet einbringen kann.

Der demographische Wandel wird grundlegende Veränderungen in sehr unterschiedlichen Politikfeldern, wie zum Beispiel Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Transport, Technik etc., nach sich ziehen. Dieser Wandel muss gestaltet werden, denn er wird in nicht unerheblichem Maß die soziale Kohäsion innerhalb der europäischen Union beeinflussen. Es steht zu befürchten, dass sich die Gestaltungsmöglichkeiten für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen aufgrund des ökonomischen Drucks, wie er sich in der überarbeiteten Lissabonstrategie und in den Forderungen nach mehr Wettbewerb und größerem Wirtschaftswachstum ausdrückt, verringern. Aus diesem Grund müssen der demographische Wandel aber vielmehr noch seine Konsequenzen und die daraus abzuleitenden politischen Strategien und Weichenstellungen zu einem europäischen Thema werden.

Anmerkungen

a.) Allgemeine Anmerkungen

Die europäische Kommission tritt mit ihrem Grünbuch spät in die Diskussion um den demographischen Wandel ein. Die Hinweise und vor allem der Anhang I, die sich auf unterschiedliche Politikbereiche, Maßnahmen und Strategien beziehen, sollen auf das Engagement der europäischen Kommission in diesem Themenfeld hinweisen. Das Grünbuch stellt einen zusammenführenden Ansatz dieses Engagements dar. Allerdings sind die nationalen und internationalen Diskussionen¹ und daraus resultierende Lösungsansätze bereits weiter voran geschritten und gehen über den Rahmen, den das Grünbuch anbietet, hinaus. Für weitere Diskussionen, Konferenzen, Strategien etc. erscheint es sinnvoll, die vorliegenden Kenntnisse auszuwerten und zu integrieren.

Die Überschrift des Grünbuchs „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ und die Erläuterung auf S. 7 „es muss eine neue Solidarität zwischen den Generationen entwickelt werden, die aus gegenseitiger Unterstützung und dem Transfer von Kompetenzen und Erfahrungen erwächst“, erwecken den Eindruck, dass ein solidarisches Zusammenleben zwischen den Generationen bisher nicht stattgefunden hat. Dieser Annahme widerspricht allerdings die soziale Praxis, die die materielle und immaterielle

¹ Beispielhaft:

Österreichisches Institut für Familienforschung, Sinkende Geburtenraten, *Familienstrukturen und politische Reaktionen*, Synthesebericht – Jahrestagung Sevilla 15.-16. September 2000

Kröhnert, van Olst, Klingholz (hrsg) *Deutschland 2000 – die demographische Zukunft der Nation*, Berlin – Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, 2004

Bertelsmann Stiftung, www.aktion2050.de, *Demographischer Wandel – Chancen für Innovation*, laufendes Projekt Studie für die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, *Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Konsequenzen des demographischen Wandels*, Juli 2004

Börsch-Supan, Brugiavini, Jürges, Mackenbach, Siegrist, Weber (hrsg) *Health, Ageing and Retirement in Europe – First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*, Mannheim: MEA, 2005.

Unterstützung junger Familien durch Großeltern ebenso umfasst wie die Betreuung und Pflege durch Kinder im Alter. Was die Kommission mit „neuer“ Solidarität meint, bleibt unklar.

Die starke Orientierung des Grünbuchs auf den Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich lässt allerdings vermuten, dass mit „neuer Solidarität“ Veränderungen im Bereich der Sozialschutzsysteme gemeint sind. Es ist richtig, dass sich die Sozialschutzsysteme und ihre Finanzierungsströme verändern müssen. Konsequenterweise muss in diesem Kontext die Diskussion um die Entkoppelung von Sozialschutz und Erwerbsarbeit geführt werden. Die Rhetorik um Flexibilisierung, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung als Allheilmittel ist wenig hilfreich und schränkt Lösungsansätze ein. Wenn zum Beispiel auf S. 12 über neue Übergänge zwischen den Lebensabschnitten nachgedacht wird und in diesem Kontext gleichzeitig Studierende und Rentenbezieher als „wirtschaftlich inaktiv“ in der Polarisierung zu Erwerbstätigen definiert werden, dann liegt die Annahme nahe, dass die Kommission eine volkswirtschaftlich eingeschränkte Definition von „Wirtschaftsaktivität“ für ihre Analyse einsetzt, in welche weder Bildungszeiten noch ehrenamtliches Engagement noch die unentgeltliche Familienarbeit von Frauen einfließen. Für die Forderung nach Umsetzungsstrategien für lebenslanges Lernen, neuen Lehr- und Lernformen (e-learning am Arbeitsplatz), verstärkte berufliche Weiterbildung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements erscheint diese Ausgangsannahme fast kontraproduktiv. Es wäre hilfreich zu veränderten Indikatoren zu kommen, nach welchen zum Beispiel das BIP bemessen wird, um auf diese Weise zu verdeutlichen, dass die Kommission das europäische Sozialmodell innovativ gestalten will und dafür alt hergebrachte Analyseinstrumente überdenkt, die selbst die ökonomische Realität nur partiell erfassen.

Umfassendere Kenntnisse über die Lebenssituation der Bürger und Bürgerinnen in der Europäischen Union sind die Grundlage für die Gestaltung des europäischen Sozialmodells und die Frage nach den Strategien und Politiken der europäischen Union. Dies gilt nicht nur für die Situation der Familien (S. 2), sondern auch für die der Senioren und sehr alten Menschen. Das Grünbuch bietet eine undifferenzierte Beschreibung dieser beiden letzt genannten Zielgruppen an (S. 10 + 11). Die Gruppe der Senioren und Seniorinnen, die das Grünbuch in den Jahren 2010 bis 2030 im Auge hat, wird gesünder, aktiver, mobiler und wohlhabender sein als ihre Vorgänger und als ihre Kinder. Die Begründung für die positive wirtschaftliche Situation wird fest gemacht am Erwerb vollständiger Rentenansprüche und angesparter Rücklagen. Obwohl diese Beschreibung auf einen Teil der 65-79jährigen Menschen zutreffen wird, bleibt kritisch zu anmerken, dass, obwohl die Zahl der Frauen mit hoher Berufsqualifizierung ständig angestiegen ist, die Annahme des Erwerbs vollständiger Rentenansprüche aufgrund der Unterbrechung des Erwerbsverlaufs und der Reduzierung von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit, um Familienaufgaben wahrnehmen zu können, für viele Frauen utopisch ist. Darüber hinaus finden sich gerade Frauen häufig in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen wieder, die eine kontinuierliche Erwerbsbiographie wie auch das Ansparen von Rücklagen verhindern. Aber auch für viele Männer stellt die Annahme einer lückenlosen Erwerbstätigkeit in Zeiten von andauernder und ansteigender Massenarbeitslosigkeit seit fast dreißig Jahren den Erwerb einer vollständigen Rentenanwartschaft in Frage.

b.) Spezifische Anmerkungen

Jugendliche

Die Lebenssituation von Jugendlichen hat sich aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung und der nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebote negativ verändert. Daraus resultieren begrenzte Zukunftsperspektiven und eingeschränkte Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Zunahme prekärer Lebenslagen von Familien und damit auch von Kindern und Jugendlichen lässt befürchten, dass die Quote der belasteten Kinder und Jugendlichen in ihrer Größenordnung bestehen bleibt, obwohl der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung sinkt.

Gender

Lebenssituationen, die zu Problemlagen werden wie Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Alter, Gesundheit, sind im Grünbuch angesprochen und stellen sich durch die Umstrukturierung der sozialen Schutzsysteme in der Bundesrepublik in verschärfter Weise dar. Diese Veränderungen werden nur selten unter Gender-Gesichtspunkten betrachtet. Gender-Aspekte werden in der Regel auf das Themenfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert und damit auf eine partielle Lebensrealität einer bestimmten Gruppe von Frauen (Frauen im gebärfähigen Alter). Dokumente, Politiken und Strategien betrachten Frauen unter den Teilaspekten Gebärfähigkeit und Arbeitskraft und leiden an dieser beschränkten Wahrnehmung.

Die Widersprüchlichkeit von Erwartungen, politischen Rahmenbedingungen und Lebensrealitäten von Frauen manifestiert sich in der Bundesrepublik beispielsweise im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik. Frauen verlieren ihren eigenen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (Sozialgesetzbuch), wenn ihr Partner für das Familieneinkommen sorgen kann. Diese Festschreibung der ökonomischen Abhängigkeit wird noch verstärkt, denn der Verlust des Leistungsanspruchs versperrt gleichzeitig den Zugang zu Möglichkeiten der Arbeitsförderung. Das bedeutet, dass Frauen in einer solchen Lebenssituation nicht am Arbeitsmarktgeschehen teilnehmen können; sie sind ausgegrenzt. Unter diesen Voraussetzungen sind Frauen immer weniger bereit, sich auf das „Abenteuer Familie und Kinder“ einzulassen.

Die Reduzierung von Familienpolitik auf Geldpolitik verstellt kreatives Nachdenken und Experimentieren. Die Forderung nach verbesserter Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sich auf Familienzulagen und ein umfassenderes Kinderbetreuungsangebot beschränkt, ist für junge beruflich qualifizierte Frauen als Anreiz, die Doppel- und Dreibelastung von Familiengründung mit Kindern und beruflichem Fortkommen auf sich zu nehmen, nicht ausreichend. Darüber hinaus sollte Familienpolitik nicht zu Frauenpolitik werden; Sensibilisierung und eine konsequente Förderung und Unterstützung von Chancen und Möglichkeiten, die es Männern erlauben, zu einem anderen Familien- und Berufshabitus² zu kommen, sind von Nöten.

² Vergl. Grünbuch S.6: „84% der im Rahmen einer „Eurobarometer“-Umfrage 2004 befragten Männer erklärten, noch keinen Elternurlaub genommen zu haben und dies auch nicht zu planen...“.

Altern in unserer Gesellschaft

Das Grünbuch stellt zu Recht fest, dass sich die Lebensbedingungen der jetzt älter werdenden Generationen gegenüber voraus gegangenen Generationen stark gewandelt haben. Zur Positivliste des Grünbuchs gehören die Mobilitätschancen älterer Menschen, die aufgrund ganz unterschiedlicher Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, gestiegen sind. Aber um Mobilität nutzen zu können, müssen Voraussetzungen gegeben sein, zu welchen neben wirtschaftlicher Sicherheit auch spezifische soziale Dienstleistungen (Beratung, Begleitung, medizinische Versorgung) gehören, die es größtenteils in der europäischen Union noch zu entwickeln gilt.

Es gilt aber auch, die Frage nach den Senioren und Seniorinnen zu stellen, die von den positiven Indikatoren wie wirtschaftliche Absicherung und größere Mobilitätschancen, nicht betroffen sind. In Lettland beispielsweise beträgt das durchschnittliche Renteneinkommen 90,00€ / Monat; das Existenzminimum liegt allerdings bei 146,00€ / Monat. An dieser Situation macht sich eher die Frage des Überlebens fest als die Frage nach Mobilität. Armut und Ausgrenzung gehören zur täglichen Lebenserfahrung vieler Bürger und Bürgerinnen, alter wie junger Menschen, in der europäischen Union.

Aufgrund der Weigerung unserer Gesellschaft den demographischen Wandel aktiv zu gestalten, werden Alter und Pflegebedürftigkeit als persönliche Defizite und Belastungen wahrgenommen, die in den Raum des Privaten gehören. Im Kern sind es Menschen, die sich selbst in der „dritten Lebensphase“ befinden, die die Pflege ihrer hochbetagten Angehörigen³ übernommen haben. Insgesamt hat sich das private Hilfenetz bisher als flexibel und anpassungsfähig erwiesen. Tragfähig kann die häusliche Pflege allerdings nur dann bleiben, wenn gleichzeitig ein professionelles Versorgungsumfeld aufgebaut wird und verfügbar ist.

Betreuende Angehörige sind vielfältigen Belastungsfaktoren (physisch und emotional) ausgesetzt und benötigen professionelle Unterstützungsleistungen wie zum Beispiel Beratung, Fortbildung, eigene Gesundheitsvorsorge. Diese Unterstützungsleistungen müssen sich an den Bedarfen der Zielgruppe orientieren und dürfen nicht als Defizitausgleich konzipiert werden.

Angesichts des demographischen Wandels ist es dringend erforderlich, Anreizsysteme zu entwickeln, die die Pflegeberufe zu attraktiven Arbeitsbereichen machen, um dem sich bereits abzeichnenden Pflegenotstand zu begegnen.

Menschen mit Behinderungen

Das Grünbuch schließt Menschen mit Behinderungen aus seinen Betrachtungen aus, obwohl das Thema ‚Behinderung‘ unter den Aspekten des Älterwerdens von behinderten Menschen in unserer Gesellschaft, der Alterung der Gesamtbevölkerung, gesundheitlichen Einschränkungen und Prävention zu den wichtigsten Fragestellungen des Grünbuchs gehören müsste.

³ In der Bundesrepublik leben 1,4 Millionen pflegebedürftige Menschen in Privathaushalten und erhalten pflegerische Hilfen und Betreuung aus dem Familien- oder Bekanntenkreis. 640.000 Pflegebedürftige werden in stationären Einrichtungen versorgt.

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf eine selbstgewählte Lebensgestaltung innerhalb ihres sozialen Bezugsraumes. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft mit zunehmenden Mobilitätsgefährdungen sowie steigenden physischen und psychischen Erkrankungsrisiken müssen die sozialen Systeme so aufgebaut sein, dass sie für alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – nutzbar sind.

Der deutliche Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung macht es aus volkswirtschaftlichen Erwägungen notwendig, die Arbeitswelt so zu gestalten, dass, flexibel und an die persönliche Situation des erwerbstätigen Menschen angepasst, das Potential des einzelnen genutzt und langfristig erhalten bleibt. Neben einer barrierefreien Arbeitswelt, ist ein als betrieblicher Schwerpunkt definiertes umfassendes Gesundheitsmanagement notwendig.

Inklusionsmaßnahmen verbessern nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen; sie erzeugen auch einen hohen sozialen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung. Inklusionsstrategien und Maßnahmen zur Barrierefreiheit, die zunächst für eine soziale Minderheit geplant sind, betreffen in Zukunft eine gesellschaftliche Mehrheit

Zuwanderung

Integration ist eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe. Deswegen darf Zuwanderung nicht nur unter dem Aspekt der benötigten Arbeitskraft betrachtet werden, sondern muss deutlich machen, dass zuwandernde Arbeitskräfte und ihre Familien als Mitbürger und Mitbürgerinnen willkommen sind. Der Kampf gegen Vorurteile und Rassismus muss sich in politischen Strategien und Förderprogrammen abbilden.

Demokratie, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und bürgerschaftliche Mitverantwortung sind Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie müssen für alle Menschen gelten, die dauerhaft bei uns leben und von allen Menschen akzeptiert und respektiert werden.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Wirtschaftsmigration den Prozess des demographischen Wandels lediglich aufhalten aber nicht verhindern und aus diesem Grund nur als Teilaspekt bei der Suche nach Lösungsstrategien betrachtet werden kann⁴.

Die Fokussierung auf den Aspekt Wirtschaftsmigration lässt befürchten, dass eine Zweiteilung der Gruppe der Migranten und Migrantinnen in wirtschaftlich nützliche und weniger nützliche erfolgt und sich diese Klassifizierung auch beim Angebot von und Zugang zu Integrationsleistungen niederschlägt.

Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss sich am Bologna Prozess ausrichten und Migranten und Migrantinnen aus nicht EU Mitgliedstaaten mit einschließen. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen dürfen nicht durch einen Migrationshintergrund bestimmt werden.

⁴ U.a. Vortrag von Prof. Dr. Dr. hc. Bert Rürup beim Kongress der Landesregierung „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Konsequenzen des demographischen Wandels“ am 16. August in Kiel

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement als integraler Bestandteil unserer Zivilgesellschaft muss sichtbar werden, Anerkennung erfahren und als wesentlicher Bestandteil eines zukunftsfähigen Europas inhaltlich und finanziell gestaltet werden. Ehrenamtliches Engagement wird unter dem Druck des demographischen Wandels eine große Bedeutung erlangen, ist keine Frage des Alters und kann ganz unterschiedliche Ausdrucksformen annehmen. So initiieren und fördern Schulprojekte zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement und tragen auf diese Weise zum generationenübergreifenden Miteinander und Lernen bei. Schulen übernehmen hier eine wichtige Funktion, indem sie für Freiwilligenarbeit sensibilisieren und an sie heranführen.

Fort- und Weiterbildung – auch unter dem Stichwort des lebenslangen Lernens – wird ehrenamtlich tätigen Menschen selten angeboten, über Ausdrucksformen der Anerkennung, die sich an der Zielgruppe orientieren, wird kaum nachgedacht, und in volkswirtschaftlichen Berechnungen findet der ehrenamtliche Einsatz keine Berücksichtigung. Ehrenamtliches Engagement darf nicht als Substitution für den staatlichen Rückzug aus öffentlichen Aufgaben missbraucht werden.

Schlussfolgerungen

Für das europäische Integrationsprojekt wird die soziale Kohäsion zu einer der dringlichsten Problemstellungen in den nächsten Jahren werden. Der demographische Wandel vollzieht sich in den Mitgliedstaaten strukturell und zeitlich unterschiedlich und erfordert aus diesem Grund ein differenziertes Herangehen bezogen auf die Bestandsaufnahme, die Strategieentwicklung und ihre Umsetzung.

Aus diesem Grund möchte das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, Landesverband der inneren Mission e. V. anregen, dass

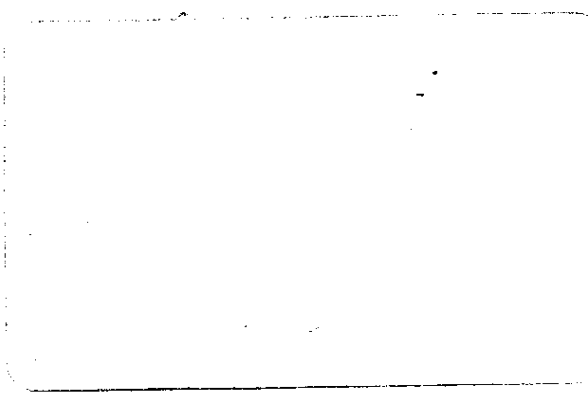
- die Europäische Kommission ihre Initiativrolle wahrnimmt, um den demographischen Wandel und seine Konsequenzen zu einem europäischen Diskurs zu machen;
- die Europäische Kommission, Strategien und Politiken, die den demographischen Wandel betreffen, mit der Zielvorstellung verbindet, die soziale Kohäsion in der Europäischen Union zu unterstützen;
- die Europäische Kommission eine differenzierte Bestandsaufnahme des demographischen Wandels und seiner Konsequenzen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union anregt, um auf einer gesicherten Datenbasis Strategien und Politiken entwickeln zu können;
- die Europäische Kommission darauf achtet, dass Indikatoren nicht nur die ökonomische Realität abbilden sondern dass sie die Dimension der Lebensqualität mit einschließen;
- die Europäische Kommission sich um die Verzahnung von europäischen Politiken und eine zusammenführende Konzeptionsentwicklung bemüht;
- die Europäische Kommission sicher stellt, dass sich innovative Strategien, Ideen und Projekte im Rahmen der europäischen Förderinstrumente realisieren lassen (Budgetierung);

- die Europäische Kommission die Bildung von vernetzten sozialpolitischen Arbeitsstrukturen vergleichbar den Entwicklungspartnerschaften in der Gemeinschaftsinitiative EQUAL unterstützt;
- die Europäische Kommission sektorübergreifende Dialogprozesse anstößt, in welche die wesentlichen Akteure eingeschlossen sind, die Offenen Methode der Koordinierung (OMK) muss verstärkt Anwendung finden;
- die Europäische Kommission verstärkt die Nicht-Regierungsorganisationen an der Entwicklung und Umsetzung kreativer Denkmodelle und Lösungsansätze beteiligt;
- die Europäische Kommission positive Imagekampagnen und Initiativen unterstützt, die dem in unserer Gesellschaft gängigen Defizitmodell des Alterns entgegen treten.

LUFTPOST
DEUTSCHE POST AG



Deutsche Post  26.08.05
FILIALE F10185629F 4,00 EUR



NA 1986